



## NEWSLETTER

zur Gemeinderatssitzung vom 14.12.2015

### Gemeinde-Budget 2016

# Breite Mehrheit für gemeinsames Budget

„Gemeinsam geht's besser“ – Beide Vizebürgermeister erarbeiteten gemeinsam das Budget 2016. Dieses fand bei der gestrigen Gemeinderatssitzung breite Zustimmung.

**Fakten:** Der ordentliche Haushalt ist mit 16.611.600,- € in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen dargestellt. Rasch musste jede Fraktion erkennen, dass der Zwang zum ernsthaften Sparen unumgänglich ist, damit wir nicht in Kürze eine Abgangsgemeinde werden.

Nur knapp 400.00,- € von 16,6 Mio € stehen der Gemeinde frei zur Verfügung – davon entfallen jedoch bereits 220.000,- € auf Subventionen. Unter diesem Gesichtspunkt hat jedes Ressort Einsparpotentiale ausgelotet.

Trotz der schwierigen Situation ist es der SPÖ Freistadt wichtig, dass neben den Großprojekten, wie der Neuen Mittelschule, in Stadtentwicklung, Jugend und einem friedlichen Miteinander investiert wird.

**34 von 37 GemeinderätInnen stimmten dem Voranschlag zu. Eine weitere Premiere fand während der Sitzung statt: Erstmals präsentierten alle StadträtInnen ihr Ressort.**

2014 haben wir die damalige Mehrheitspartei ÖVP vor dieser Entwicklung gewarnt. Rücklagen wurden aufgelöst, unnötige Neuverschuldung in Kauf genommen. Es wurde eindeutig zu wenig darauf geachtet, wie wir zukünftig ausgleichen wollen. Nun hat offensichtlich auch die ÖVP die Notwendigkeit erkannt und einen Kurswechsel eingeleitet.

„Schwierige Zeiten erfordern ein „neues“ Miteinander. Elisabeth und Wolfgang haben es bewiesen. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen wurde sehr gute Arbeit geleistet.“



Reinhard Atteneder,  
Fraktionsobmann SPÖ

Aus dem Mittelfristigen Finanzplan ist zu ersehen, dass die freie Budgetspitze ab 2017 ins Negative fällt. Diese negativen Werte steigen bis 2020 auf bis zu 389.400,- € (2018) an. Dies lässt darauf schließen, dass zukünftig ein ausgeglichener Haushalt nur schwierig zu erreichen sein wird.

Sollte die Gemeinde den ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen können wird hier akuter Handlungsbedarf bestehen. Wir würden zum Beispiel bei der Subvention von Vereinen von derzeit 56,33 €/Einwohner auf 18,- €/Einwohner fallen.



## Resolution für Kaserne Freistadt

# Stadtgemeinde steht gemeinsam zur Kaserne

Seit mehr als zwei Jahrzehnten setzt sich die Freistädter Politik für den Erhalt der Tilly-Kaserne ein. Nun gibt ein Entschließungsantrag der Bundespolitik Anlass, eine Neuüberprüfung der Schließungspläne zu fordern.

Ein Entschließungsantrag (Nr. 594 zur Neuüberprüfung des Strukturpaketes 2018) aller 6 Parlamentsparteien gibt Grund bei den verantwortlichen Regierungsmitgliedern die Schließungspläne der Kaserne Freistadt zu hinterfragen und eine Neuüberprüfung zu fordern.

„Wenn nur ein Funke Hoffnung besteht, unsere Kaserne zu retten, dann werden wir auch dafür kämpfen“, sind sich Vizebürgermeisterin Elisabeth Paruta-Teufer und Reinhard Atteneder einig. „Genauso wichtig ist es aber, unseren Plan B für das Kasernenareal weiterhin zu verfolgen.“

Mit Plan B ist die Erarbeitung eines Masterplans für die zukünftige Nutzung des Kasernenareals unter professioneller Begleitung durch Ambros Pree gemeint. Dieser tritt bei einem Verkauf der Kaserne in Kraft und soll der Stadtgemeinde eine aktive Gestaltungsrolle bei der Nachnutzung verschaffen.



„Alle politischen Fraktionen im Gemeinderat, der gewerkschaftlicher Betriebsausschuss der Kaserne und vor allem die Bevölkerung standen immer klar hinter der Kaserne. MITEINANDER war dabei immer der Schlüssel zum Erfolg.“, meint Reinhard Atteneder, Fraktionsobmann der SPÖ, „Ich appelliere an alle, kein politisches Kleingeld mit der Zukunft der Kaserne zu schlagen. Zeigen wir Schulterschluss, diese Aufgabe können wir nur gemeinsam erfolgreich meistern.“

Reinhard Atteneder musste nach dem Antrag vom WIFF einen Gegenantrag einbringen.

„Ich danke der WIFF-Fraktion für Ihre Unterstützung, rund um die Kaserne. Leider war der Antrag für die Mehrheit nicht tragbar, da die Begründung teilweise einfach falsch war. Ich musste einen mehrheitsfähigen Antrag einbringen.“, so Reinhard Atteneder

